

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme, Markus Frohnmaier, Armin-Paulus Hampel, Dr. Heiko Heßenkemper, Martin Hohmann, Jörn König, Andreas Mrosek, Dr. Robby Schlund, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Jürgen Braun, Dr. Axel Gehrke, Mariana Iris Harder-Kühnel, Nicole Höchst, Johannes Huber, Stefan Keuter, Dr. Lothar Maier, Paul Viktor Podolay, Jürgen Pohl, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Wirtschaftliche Beziehungen mit Nigeria intensivieren – Teilhabe und Selbstverantwortung stärken durch eigenstaatlich motivierte Geburtenverantwortung – Deutsche Wirtschaftsinteressen definieren und umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nigeria gehört als drittgrößtes afrikanisches Lieferland für deutsche Importe und zweitgrößtes subsahara-afrikanisches Abnehmerland für deutsche Exporte zu dem größten Handels- und Wirtschaftspartner Deutschlands in Afrika (Quelle: <https://bit.ly/2skjM15>; abgerufen 15.11.2019, 11:30 Uhr).

Etwa 85 deutsche Unternehmen sind in Nigeria aktiv. Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Nigeria betrug im 2018 ca. 3,26 Milliarden Euro. Die Ölproduktion ist der wichtigste Wirtschaftszweig Nigerias. Die tägliche Fördermenge liegt bei ca. 2 Millionen Barrel. Ebenso ist eine erhebliche Ausweitung der Förderung von Gas und seiner Umwandlung zu Flüssiggas geplant. Eine Westafrika-Pipeline nach Ghana wurde bebaut, die den westafrikanischen Markt für nigerianisches Erdgas erschließen soll (Quelle: <https://bit.ly/2Df5BN4>; Abgerufen am 16.11.2019, 09:35 Uhr).

Die deutsche bilaterale Entwicklungshilfe für Nigeria im Zeitraum 01.01.2013 bis 27.09.2019 beträgt 501,13 Millionen Euro (Quelle: <https://bit.ly/33lygKP>). Obwohl Nigeria damit eines der Länder ist, die am meisten Entwicklungsgeld erhalten, sind diese Mittel im Vergleich zu den Einnahmen aus dem Ölgeschäft marginal. Beispielsweise betragen im Jahr 2014 Nigerias Öleinnahmen 85,6 Milliarden US-Dollar. Zusätzlich betragen die Rücküberweisungen von nigerianischen Migranten im selben Jahr etwa 20 Milliarden US-Dollar. Diesen Summen stand 2014 eine Gesamtentwicklungshilfe für Nigeria in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar gegenüber. In dieser

Situation befinden sich viele rohstoffreiche Entwicklungsländer (Quelle: <https://bit.ly/33j4kza>). Außerdem ist die Bundesrepublik Nigeria das bevölkerungsreichste Land Afrikas mit ca. 190 Millionen Einwohnern sowie der größte zusammenhängende Binnenmarkt und die größte Volkswirtschaft des afrikanischen Kontinents.

Seit 1998 ist ein Prozess der Demokratisierung und signifikanter wirtschaftspolitischer Reformen nach Jahren der inneren Unruhe und Militärdiktatur im Gang. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Nigeria ein massives Problem mit einer landesweiten, brutalen Christenverfolgung hat. Die Terrororganisation Boko Haram ist in den vergangenen zehn Jahren für bis zu 30.000 Terroropfer verantwortlich. Der UN-HCR der Vereinten Nationen spricht von 1,8 Millionen Binnenvertriebenen und etwa 200.000 Flüchtlingen in den Nachbarländern (Quelle: www.tichyseinblick.de/kolumnen/alexander-wallasch-heute/beispiel-nigeria-desaster-und-kosten-von-abschiebungen/, abgerufen am 15.1.2020). Open Doors schreibt im Weltverfolgungsindex 2020, veröffentlicht Januar 2020: „Seit vielen Jahren gibt es in Nigeria einen andauernden Prozess der erzwungenen (oder aufgezwungenen) Islamisierung. Unter der Regierung von Präsident Muhammadu Buhari hat diese Entwicklung seit 2015 eine nie dagewesene Dynamik gewonnen. Die Regierung schuf weiteren Spielraum, indem sie eine starre Haltung der Straffreiheit für grausame Gewalttaten zulässt, der viele Nigerianer zum Opfer fallen, zumeist Christen.“ (Quelle: www.opendoors.de/christenverfolgung/weltverfolgungsindex/laenderprofile/nigeria, abgerufen am 16.1.2020). Insbesondere im Verhältnis des muslimischen Nordens zum christlichen Süden ist ein Ausbau des Dialoges und der Toleranz notwendig. Probleme mit Korruption, Mangelernährung, mangelhafter Schulbildung trotz theoretischer Schulpflicht, schlechte Gesundheitsversorgung und ungenügendem Zugang zu sauberem Trinkwasser verschärfen die sozialen und religiösen Probleme (Quelle: <https://bit.ly/2sjthO5>; Abgerufen: 04.07.2019, 12:56 Uhr). Die reichen Erdölvorkommen sind kein Begründung, um die Augen vor der Not vieler Millionen notleidender Menschen – zuvörderst Christen – zu verschließen. Ein wachsender Handel mit Nigeria muss zuerst ihnen zugute kommen, eine fortdauernde Islamisierung sollte nicht gefördert werden.

Bis zum Jahr 2050 soll die Bevölkerung Nigerias nach vorläufigen Schätzungen auf bis zu 300 Millionen anwachsen (Quelle: <https://bit.ly/2XPB8P5>; Abgerufen: 04.07.2019, 13:01 Uhr). Und das Wachstum geht nahezu ungebremst weiter. Denn anders als in den meisten wenig entwickelten Ländern ist die Fertilitätsrate in Nigeria in den letzten 50 Jahren nur geringfügig gesunken, von 6,6 auf 5,7 Kinder pro Frau (Quelle: <https://bit.ly/2OOH4DF>; Abgerufen: 04.07.2019, 13:04). Derzeit kommen in Nigeria im Jahr etwa sieben Millionen Kinder zur Welt – das sind mehr als zehnmal so viele wie in Deutschland. Selbst wenn das Land 20 Prozent seiner Öleinnahmen in den Bildungssektor stecken würde, wäre es außerstande, jene 10,5 Millionen Kinder einzuschulen und auszubilden, die heute nicht einmal eine Grundschule besuchen. Selbst wenn die Geburtenrate sänke, rechnen die Vereinten Nationen bis zum Jahr 2100 mit mehr als 640 Millionen Nigerianern. Gut möglich sind über 900 Millionen Einwohner für das Land.

Trotz des prioritären Rangs Nigerias im deutsch-afrikanischen Handel, seines wirtschaftlichen Gewichts auf dem afrikanischen Kontinent sowie der hohen bevölkerungspolitischen Relevanz Nigerias in der internationalen alltäglichen Diskussion zum zentralen entwicklungspolitischen Thema „Demographie“, stellen die Antragsteller fest, dass die Bundesregierung in ihren neuen Afrika-Strategien Nigeria sehr wenig berücksichtigt.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die gestiegene politische und wirtschaftliche Bedeutung der Bundesrepublik Nigeria sowohl auf regionaler als auch auf kontinentaler Ebene in Afrika anzuerkennen und auch international zur Geltung zu bringen,
 2. die bisherige Entwicklungshilfe für die Bundesrepublik Nigeria aufgrund ihrer sehr geringfügigen Bedeutung und Wirkung zu stoppen, um die Kooperation mit der Bundesrepublik Nigeria auf eine privilegierte wirtschaftliche Zusammenarbeit zu konzentrieren,
 3. die Bundesrepublik Nigeria aufgrund ihres hohen Stellenwerts in den deutsch-afrikanischen Handels- und wirtschaftlichen Beziehungen im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der deutschen Afrikapolitik stärker zu berücksichtigen und einzubeziehen,
 4. die Bundesrepublik Nigeria als absatzstarken Staat in Afrika für deutsche Produkte anzuerkennen und weiter zu fördern, um sich eine zunehmende strategische Erschließung dieses Absatzmarktes zu sichern,
 5. die Auswahl der Kooperationsländer in Afrika im Rahmen einer privilegierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach deutschen wirtschaftlichen Interessen in den jeweiligen afrikanischen Ländern auszurichten und in diesem Sinne die Bundesrepublik Nigeria prioritär und mit Nachdruck in die Verhandlungen einzubeziehen,
 6. sich während der Verhandlungen zur privilegierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Nigeria eindeutig zum Thema „Bevölkerungsentwicklung“ sowie dessen negative Auswirkungen sowohl national als auch international zu positionieren,
 7. im Rahmen der Verhandlungen zur privilegierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit das Phänomen der illegalen Migration aus der Bundesrepublik Nigeria in die EU eindeutig zu thematisieren und eine verbindliche Zusicherung der nigerianischen Regierung zur Bekämpfung als Voraussetzung für eine Aufnahme festzulegen,
 8. als mittel- bzw. längerfristiges Ziel und unter Anerkennung der besonderen wirtschaftlichen Bedeutung der Bundesrepublik Nigeria für den afrikanischen Kontinent, diese nach Umsetzung zuvor genannter Maßnahmen die diplomatischen Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland zuzusichern, eine Aufnahme der Bundesrepublik Nigeria in die entscheidenden internationalen Wirtschaftsforen zu unterstützen.

Berlin, den 22. Januar 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft im Jahr 2017 und vor allem auf dem G20-Gipfel in Hamburg hat Afrika eine prominente Rolle gespielt. Der „Compact with Africa“ von Bundeskanzlerin Merkel wurde auf die Agenda gesetzt. Im Zuge dessen sprachen sich die anwesenden Nationen dafür aus, sich für mehr Wachstum auf dem afrikanischen Kontinent einzusetzen. Das langfristige Ziel ist mehr Beschäftigung in Afrika zu schaffen. Diese soll zugleich Armut und Ungleichheit bekämpfen (Quelle: <https://bit.ly/35y3jET>). Die CDU/CSU-Fraktion des deutschen Bundestages formulierte die Resultate des G20-Gipfels bezogen auf das Thema Afrika wie folgt: „Die führenden Industrienationen müssen jetzt das Bekenntnis zu einem stärkeren Afrika-Engagement konkret umsetzen. Der sogenannte „Compact with Africa“, der von den G20 mit wichtigen afrikanischen Staats- und Regierungschefs vereinbart wurde, ist eine starke Selbstverpflichtung, die nun auch erfüllt werden muss. Dieser umfassende Plan wird die afrikanische Wirtschaft ankurbeln und vor Ort für Arbeitsplätze, Wachstum und nachhaltige Entwicklung sorgen. Afrika will und soll stärker als „Kontinent der Chancen“ wahrgenommen werden.“ (Quelle: <https://bit.ly/2QOj6v8>).

Im Rahmen der G20-Initiative Compact with Africa (CwA) lädt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum zweiten Mal die zwölf Staats- und Regierungschefs der afrikanischen Compact-Partnerländer sowie Südafrika als G20 Partner der Initiative für den 19. November 2019 nach Berlin ein. In diesem Rahmen veranstaltet der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft den „G20 Investment Summit – German Business and the CwA Countries“ in Berlin. Die Investorenkonferenz steht unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin. Die Konferenz richtet sich an hochrangige Vertreter deutscher Unternehmen sowie deren Partner aus den afrikanischen CwA-Partnerländern. Die Veranstaltung bietet Unternehmen mit Afrika-Engagements die Möglichkeit, sich sichtbar zu machen – solchen mit Investitionsvorhaben in CwA-Ländern (Ägypten, Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Côte d’Ivoire, Ghana, Guinea, Marokko, Ruanda, Senegal, Togo, Tunesien) (Quelle: <https://bit.ly/35FOGiD>).

Nigeria ist seit 2014 größte Volkswirtschaft Afrikas. Das nigerianische Bruttoinlandsprodukt beläuft sich im Jahr 2018 auf 397,3 Mrd. USD, für die Jahre 2019 und 2020 wird ein Bruttoinlandsprodukt von jeweilig 444,9 Mrd. USD und 496,1 Mrd. USD prognostiziert (Quelle: <https://bit.ly/2OnNpXZ>), während Südafrika auf ein Bruttoinlandsprodukt von 368,1 Mrd. USD fürs Jahr 2018 kommt und mit einer Prognose von respektive 371,3 und 386,7 USD für die Jahre 2019 und 2020 rechnet (Quelle: <https://bit.ly/35yN8ai>).

Die Bundesrepublik Nigeria gehört als drittgrößtes afrikanisches Lieferland für deutsche Importe und zweitgrößtes subsahara-afrikanisches Abnehmerland für deutsche Exporte zu den größten afrikanischen Handels- und Wirtschaftspartner Deutschlands (Quelle: <https://bit.ly/2OjYedr>). Außerdem ist Nigeria das bevölkerungsreichste Land Afrikas mit ca. 190 Millionen Einwohnern sowie der größte zusammenhängender Binnenmarkt und die größte Volkswirtschaft des afrikanischen Kontinents (Quelle: <https://bit.ly/2OIjGb4>).

Nach Ansicht der Antragsteller werden im Rahmen der „Compact with Africa“, einer sogenannten strategischen Neuausrichtung der deutschen Afrikapolitik wieder die deutschen wirtschaftlichen Interessen ausgeklammert. Denn die Compact-Länder aus Sub-Sahara-Afrika Elfenbeinküste, Ghana, Benin, Ruanda und Burkina Faso sind alle Länder, die keine große Bedeutung für die deutsche Wirtschaft haben. Eigentlich müsste man prinzipiell Länder wie Nigeria einbeziehen, die für die deutsche Wirtschaft eine gewisse Relevanz mitbringen.

Ebenso wäre es nach Ansicht der Antragsteller sinnvoll, dass die Bundesrepublik Nigeria als größte Volkswirtschaft und gleichzeitig bevölkerungsreichstes Land Afrikas bei der G20 mitspricht. Dies würde sogar die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung hinsichtlich ihres Afrika-Engagements zeigen. Denn gerade als größte Volkswirtschaft und bevölkerungsreichstes Land Afrikas ist es essenziell für Nigeria mit den wichtigsten Ländern an einem Tisch zu sitzen, wenn globale Themen besprochen werden. Die Erwartung, dass Deutschland Nigeria hilft, Mitglied der G20 zu werden, wurde von Nigerias Außenminister Geoffrey Onyema bereits kommuniziert (Quelle: <https://bit.ly/37ENCh6>).

Nach Ansicht der Antragsteller zeigt das Beispiel Nigerias, dass der Anspruch, die „armen Länder der Welt“ durch Entwicklungshilfe zu retten illusorisch ist. Zumal Einnahmen aus Rohstoffen ein Vielfaches höher sind. Wer Afrika wirklich helfen will, darf das nach Ansicht der Antragsteller nicht mit Geld tun. Denn angesichts der sehr geringen Bedeutung der Entwicklungshilfe im Vergleich zu den Erlösen aus den Rohstoffgeschäften und den Überweisungen von Migranten ist es wenig hilfreich, die Probleme Nigerias bzw. Afrikas mit Entwicklungshilfe lösen zu wollen. In dieser Situation befinden sich viele rohstoffreiche Entwicklungsländer; gerade viele andere Länder Afrikas sind mit Erdöl, Gas, Kupfer, Gold, Kobalt, Coltan, Uran etc. reich gesegnet.

Seit so viele illegale Migranten nach Europa kommen, wird Entwicklungspolitik nach Ansicht der Antragsteller zur Chefsache. Einige hoffen sogar auf einen Marschallplan für Afrika. Auch das Motto „Fluchtursachen bekämpfen“ löst die Probleme in Afrika insbesondere in Ländern wie Nigeria nicht, selbst wenn man die Summen fürs Entwicklungsgeld verdoppeln oder verdreifachen würde. Insbesondere die verheerende Christenverfolgung im Lande sollte Anlass sein, die Beziehungen zu Nigeria deutlich zu intensivieren. Vielfach sind Armut und mangelnde Bildung die Einfallstore für einen radikalen Islam, so wie ihn die Terrororganisation Boko Haram mit brutalster Gewalt propagiert. Mehr Wohlstand und mehr Bildung können hier Abhilfe schaffen, und verbesserte Handelsbeziehungen sind dazu geeignet, genau diese positiven Effekte zu erzielen.

Angeichts der sehr geringen Bedeutung der Entwicklungshilfe im Vergleich zu den Erlösen aus der Rohstoffgeschäften am Beispiel Nigerias, ist es nach Ansicht der Antragsteller unrealistisch, mit Entwicklungshilfe den „Klimawandel“ verhindern zu wollen, erneuerbare Energien für jedes Dorf in Afrika bereitstellen zu wollen, Armut beseitigen zu wollen, Wohlstand mehren zu wollen, Frauen emanzipieren und für Milliarden Menschen all das erreichen zu wollen, was wünschenswert ist.

Solange die Bundesregierung nicht erkennt, dass die Probleme Nigerias nicht durch Entwicklungshilfe gelöst werden können, werden die Entwicklungsbemühungen allenfalls ernüchternde Erfolge zeigen. Diese Erfolge werden aber alleine schon durch das rasante Bevölkerungswachstum in Nigeria aufgezehrt, das im übrigen eher eine Fluchtursache darstellt als „Klimawandel“.

